

Aus dem Regierungsrat

»Indexfrage muß endlich vom Tisch«

Gestern informierten Premier Xavier Bettel, sowie die Minister Schneider, Braz und Kersch über die Tagesordnung des Regierungsrates am Morgen.

Darin habe man einstimmig beschlossen, daß die Staatsbeamten keinen halben Tag Urlaub weggenommen bekämen, jedoch die Administrationen und öffentlichen Services am Pfingstdienstag ganztägig, sowie an Heiligabend bis Mittags geöffnet zu sein haben. Kersch erklärte, die administrative Vereinfachung beinhalte auch bürger-nahe Öffnungszeiten.

Weiterhin wurde von Innenminister Kersch das sogenannte Omnibusgesetz vorgestellt, welches als Rahmengesetz zur Kommodoproze-

dur und von Bebauungsplänen dienen soll.

Indexabkommen

Außerdem wurde mit den Gewerkschaften und den Patronatsvertretern an einem Tisch über die vergangene Woche an selber Stelle vorgestellte Zukunft des Indexsystems diskutiert, welches zwar nach Auslauf der aktuellen Modulierung wieder voll spielen soll, jedoch nach dem Willen der Regierungserklärung mit einer Tranche alle 12 Monate maximal. Sollte die Inflation dazu führen, daß mehr als eine Indextranche im Jahr erfüllt, müßten die sogenannten »Sozialpartner« das zunächst unter sich ausfechten, ehe dann im Falle einer nicht zustande kommenden Einigung zwischen Gewerkschaften und Patronat die Regie-

rung »ihre Arbeit mache«.

Premier Bettel zeigte sich zufrieden über die Einsicht der Gewerkschaften zu diesen Bedingungen, und nachdem diese das vorbereitete Abkommen zum Index mit der Basis diskutiert haben, wolle er diese noch vor der Sommerpause erneut konsultieren. Die Position des Patronats sei weit weniger eindeutig, so Bettel. Wirtschaftsminister Schneider warf ein, das Patronat müsse endlich von seiner Kampflinie der Indexabschaffung Abstand nehmen und einsehen, daß in diesem Land außer ihnen keiner den Index kippen wolle. Wichtiger sei es, auf anderen Wegen die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das vorgeschlagene Abkommen sei auch eine Planungssicherheit für die Betriebe, die Gewerkschaften in ihren Kollektivvertragsverhandlungen, sowie für die 50 Prozent der Beschäftigten im Land, welche keinem Kollektivvertrag unterliegen.

Eine bei der Uni Luxemburg in Auftrag gegebene Stu-

die zum Impakt des Indexsystems auf die Lohnkosten und -Entwicklung habe ergeben, daß keine nennenswerten negativen Auswirkungen gemessen worden seien. Was der Index in Luxemburg ausmache, müsse von den Gewerkschaften in den Nachbarländern wie Frankreich und Deutschland »von Hand« ausgehandelt werden und der soziale Frieden sei dort wesentlich fragiler, als hierzulande. Bettel erklärte, er wolle mit dem Abkommen dafür sorgen, daß die Indexfrage endlich langfristig vom Tisch komme.

Justizminister Braz erklärte, er erlebe einen neuen Wind im »Sozialdialog«. Auf die Frage, welche Konzessionen die UEL erwarten dürfe, wenn die dem Papier zustimme, erklärte Bettel, daß sie ebenfalls von der 12-Monatsbeschränkung profitieren würden und dafür nicht auch noch ein Extra-Bonbon verdient hätten. **CK**